

Loring Sittler:

Zukunft in Gerresheim –

lebenswert durch engagiertes Miteinander

Bürgerstiftung Gerricus, Düsseldorf, 11.9.2018

Liebe Gemeinwohlproduzentinnen und –produzenten!

Was ich heute mit Ihnen vorhabe:

Wir veranstalten heute abend eine unzeitgemäße, säkulare, politische gemeinsame Andacht (kommt von Denken): Ich möchte mit Ihnen über handlungsleitende Werte nachdenken. Denn über das Bewußtsein der Werte vergewissern wir uns, von welcher Grundlage aus wir uns selbst und andere motivieren, sich gesellschaftlich zu engagieren.

Im ersten Teil meiner Rede möchte ich diese Werte ausdrücklich erläutern. Alle reden von unserer (Leit-)Kultur, keiner zeigt ihre grundlegenden Einzelbestandteile. Wir besinnen uns auf die religiöse und philosophische Grundlegung unseres Politik- und Staatsverständnisses, um daraus auch eine neue Grundlage für ein verbessertes Selbstverständnis über die gesellschaftliche Bedeutung uneres Engagements zu gewinnen. Wir denken also zur Abwechselung nicht an die gegenwärtig glänzende wirtschaftliche oder aktuelle durchwachsene politische Lage, wohl aber an die bevorstehenden und langfristigen demografischen Herausforderungen. Dann wird die Dimension der gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen besser sichtbar.

Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung:

Unser ehemaliger Bundespräsident Gauck hat in seiner Abschiedsrede am 18. Januar diesen Jahres vom „besten und demokratischsten Deutschland geredet, das wir jemals hatten“ – Ich möchte dieser Aussage ausdrücklich zustimmen – wer das nicht tut, verkennet die grundsätzliche Stabilität unseres Systems und jammert auf hohem Niveau. Allerdings hat Gauck dann sogleich wörtlich hinzugefügt:

„Aber wenn ich an die nachfolgenden Generationen denke, dann wünsche ich mir den Mut, aktuellen Herausforderungen so zu begegnen, dass dieses Land so lebenswert bleibt – am besten noch ohne einige der uns bekannten Mängel.

Nun, nach fast fünf Jahren bin ich stärker beeinflusst von dem Bewusstsein, dass diesem demokratischen und stabilen Deutschland auch Gefahren drohen. Und dass große Anstrengungen notwendig sein werden, um es für die Zukunft stark zu machen.“

Um zu verdeutlichen, wie weit wir uns in Deutschland von einigen grundsätzlich richtigen Grundwerten im politischen Alltagsgeschäft entfernt haben, werde ich im Sinne von Gauck im zweiten Teil versuchen, aus den Werten **handlungsleitende politische Grundprinzipien** zu destillieren. Abschließend stelle ich –sofern noch Zeit ist - ein paar Fragen, an deren Beantwortung der Zusammenhang zwischen Grundwerten und angemessenen politischen Antworten demonstriert werden kann.

Wir kommen zum ersten Hauptteil:

Rückbesinnung auf handlungsleitende Werte

In dem aufgeregten Tagesbetrieb und in den Medien kommt eine grundlegende Diskussion über Werte nicht vor. Umso wichtiger ist es insbesondere für Personen, die sich zum christlichen Glauben und zu einer christlichen Partei bekennen oder ihr nahestehen oder sich entsprechend bürgerschaftlich engagieren, sich dieser Werte bewusst zu sein.

Da ist an erster Stelle unser Erbe aus der Aufklärung im christlichen Abendland zu nennen: Aus der christlich vorausgesetzten Ebenbildlichkeit des Menschen mit Gott abgeleitet halten wir Menschen uns seit der Aufklärung **von Natur aus für vernunftbegabt** - und zwar alle Menschen. Das muss man heute laut sagen, weil es keine Selbstverständlichkeit mehr ist – und Vorurteile bzw. Hass auf andersartige sich schnell verbreiten. Dem müssen wir entschieden entgegentreten. Wir bleiben fest davon überzeugt, dass jeder Mensch sich grundsätzlich frei entscheiden kann, Dinge zu tun und zu lassen und die Folgen zu verantworten. Diese Freiheit führt politisch zum obersten Wert, zur **vorstaatlichen Menschenwürde**. Nicht umsonst heisst es im Artikel 1 Grundgesetz: Die Menschenwürde ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. (Art. 1 Grundgesetz). Aus einem Glauben ist hier ein universaler politischer Grundwert entstanden, der sich vollkommen von der Religion gelöst hat.

Zum christlichen Erbe gehört aber ebenso auch die christlich vorausgesetzte Erbsünde, untheologisch ausgedrückt die **Fehlbarkeit des Menschen**, seine Trägheit und Feigheit, unter bestimmten Umständen das Richtige eher zu lassen als zu tun. Das wird durch schlechte gesellschaftliche Verhältnisse, durch materiellen oder

psychologischen Druck und Gewalt **verständlich, aber nicht entschuldigt**. Es ist kein Zufall, dass die Trägheit auf der katholischen Liste der Todsünden steht: Das ist die andere Seite der Medaille Menschenwürde. Und daher sind wir aufgefordert, an der Verbesserung der menschlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse mitzuarbeiten. Denn Verhältnisse sind wesentlich für das Verhalten des Einzelnen, auch wenn sie es nicht determinieren.

Das Menschenbild des Grundgesetzes ist aber nicht der gute Mensch, der praktisch allen sozialistischen Theorien zugrunde liegt: Gute Verhältnisse schaffen gute Menschen – dem ist **von Natur aus nicht** so – und es bleibt so. wir merken uns also: Wer A wie Menschenwürde sagt, muss auch sprechen vom B wie vom Bösen in der menschlichen Natur.

Und als drittes spezifisches Element der Grundwerte ist zu beachten – es stammt aus der christlichen Soziallehre – nämlich die grundlegende Annahme einer menschlichen Fähigkeit, der **Fähigkeit zur CARITAS, auf Deutsch: zur Nächstenliebe**. Wir sprechen politisch (und im Sinne des Bundesverfassungsgerichts beim Verbotsurteil gegen die KPD 1956) von der **Gemeinschaftsbezogenheit und Gemeinschaftsgebundenheit** des Individuums. Dieses Element kommt bei vielen Konservativen nicht vor, weil in einer merkwürdigen Art von **Verblendung oder unangebrachten Abgrenzung von Links** nur der Egoismus als menschliche Natur gesehen wird und alles andere unter das Verdikt „linken“ „Gut-Mensch“ fällt. Falsch, alles falsch, zumindest unvollständig.

Auch moderne Neurobiologen bestätigen inzwischen, dass die Teamarbeit im Menschen von Natur aus angelegt ist. Man verwirklicht sich ja nicht auf einer isolierten Ego-Insel, sondern in Gemeinschaften: Zuerst in der Familie, im Quartier, in der Gemeinde, in der Stadt, im Land und dann im (Bundes-)Staat. Dieses Eingebundensein in eine Gemeinschaft führt unmittelbar zu der sehr eng mit der Freiheit verbundenen **Verantwortung** des freien Menschen: **Seine Freiheit ist wesentlich etwas ganz anderes als Beliebigkeit**, sie ist wahrgenommene Verantwortung auf jeder der genannten Ebenen. **Ohne Verantwortung keine Freiheit**.

Und die Verantwortung hat - gerade für uns als Christen - auch eine **überzeitliche Dimension**: Alt-Bundeskanzler Kohl und auch seine

Nachfolgerin Frau Merkel nennen diese Verantwortung die „**Bewahrung der Schöpfung**“. Als verantwortliche Menschen sind wir gehalten, für unsere Kinder und Kindeskinde eine Nachwelt zu erhalten, die noch lebenswert ist. Wer es säkular ausdrückt, spricht heute von **Generationengerechtigkeit**, die uns gebietet, unseren Kindern und Kindeskindern nicht noch mehr zuzumuten an Umweltzerstörung und Schulden. Diese überzeitliche Dimension in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns im Engagement zu rücken, ist Grundlage für jeden wirklichen Fortschritt – und eines der fundamentalsten Überzeugungsargumente.

Es wäre gut, wenn wir uns im Alltagsgeschäft immer wieder auf diese Grundlagen in ihrem ganzheitlichen Zusammenklang besinnen und prüfen, ob wir im persönlichen und politischen Handeln und insbesondere in der politischen Auseinandersetzung und der grundlegenden Ausrichtung unseres Engagements diesen, unseren eigenen Werten gerecht werden.

Damit sind wir beim zweiten Hauptteil: Destillieren politischer Grundprinzipien

Neubelebung der christlichen Soziallehre: Subsidiarität

Aus der Menschenwürde folgt die verantwortete Freiheit - das war eine der Grundaussagen im Wertebereich. Daraus folgern wir: Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe örtlicher Gemeinschaften, ihre Lebensbedingungen in den überschaubaren Nachbarschaften in eigener Regie und Freiheit zu gestalten. Das ist der eigentliche demokratische und gesellschaftliche Auftrag, das ist unsere gemeinsame Verantwortung als Gemeinschaft, die wir vor dem Auseinanderfallen bewahren müssen. Blosses staatliches Geld von Oben und teure, öffentlich finanzierte professionelle Sozialarbeit reicht hinten und vorne nicht und wir können sie weder bezahlen, noch haben wir das arbeitsfähige Menschenpotential dafür. Es ist auch nicht wünschenswert, noch mehr von Oben gegängelt zu werden als heute schon. Die Vielfalt und die Kraft örtlicher Gemeinschaft muss neu belebt werden. Gerade auch in den katholischen Gemeinden. Und wir müssen weg von der allmachtswahnartigen Vorstellung einiger Kommunalpolitiker, die die Daseinsvorsorge als ihre hoheitliche Aufgabe zu monopolisieren suchen und sehr oft grandios scheitern, auch weil sie nicht über eigene

Legislaturperioden und Parteigrenzen hinaussehen wollen oder können. Die Daseinsvorsorge ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir nur alle gemeinsam lösen können. Und das würde tatsächlich auch direkt einen besseren gesellschaftlichen Zusammenhalt schaffen.

Schuldenbremse ist gelebte überzeitliche Verantwortung

Die Schuldenbremse ist politisch richtig und eine direkte Folge unserer überzeitlichen Verantwortung: Wir dürfen unsere Kinder und Enkel nicht mit noch größeren öffentlichen Schulden belasten. An diesem Prinzip versündigt sich gerade unsere Bundesregierung, in dem sie mit Zusagen in Milliardenhöhe, die später noch viel teurer werden, unseren Kindern und Enkeln eine unzumutbare Last aufbürdet – noch dazu mit wenig Effekt für die wirklich Bedürftigen. Das pauschale Einhalten des Rentenniveaus für alle hilft den wirklich Bedürftigen nicht, sondern vergrößert nur die bestehenden Unterschiede im Renteneinkommen. Und im Übrigen: Die Bundesregierung hat bei verschiedenen offiziellen Verlautbarungen schriftlich mitgeteilt, dass die Rente allein nicht mehr den Lebensstandard garantieren kann. Darüber will heute niemand mehr sprechen.

Kampf gegen die Gleichgültigkeit aufnehmen

Aus der Ambiguität der menschlichen Natur – seiner Fähigkeit zur Selbstbestimmung und seiner ständigen Versuchung, träge, faul oder böse zu werden – folgt eine ständige Herausforderung: Das „Gute“ muss gestärkt, gefordert und gefördert werden. oder anders: Die gesellschaftlich Engagierten müssen es schaffen, eine schweigende und passive Mehrheit in ihrer unmittelbaren Umgebung zunehmend auf ihre Seite zu ziehen und zu aktivieren. Hier spreche ich nicht nur als Einzelperson, sondern habe auch hier den ehemaligen Bundespräsidenten an meiner Seite.

Er hat in seiner Rede zum 9. Oktober 2014 in Leipzig vor der Gleichgültigkeit gewarnt – ich zitiere daraus: „Auch die Demokratie kennt Ohnmacht, oft ist es selbstverschuldete Ohnmacht, wenn der Einzelne nicht mitredet, nicht mitgestaltet, nicht zur Wahl geht, sich nicht für zuständig erklärt, obwohl über ihn und seine – unsere – Gesellschaft befunden wird. Ich weiß, dass es nicht jedem gelingt, sich etwa in einer

Partei zu engagieren. Aber unsere Gesellschaft bietet doch unzählige Möglichkeiten, sich einzubringen: in Verbänden und Vereinen, in Kirchen und Gewerkschaften, in der Nachbarschaftshilfe, in Nichtregierungsorganisationen und nicht zuletzt im engagierten Milieu der Netzgemeinde. Wir dürfen niemals vergessen, dass unsere Demokratie nicht nur bedroht ist von Extremisten und von Fanatikern und Ideologen, sondern dass sie ausgehöhlt werden und ausdörren kann, wenn die Bürger im Land sie nicht mit Leben erfüllen.“ (Zitatende)

Dem kann ich nur aus vollem Herzen zustimmen. Und es wäre dringend notwendig, dass wir in unserer Gesellschaft im Sinne dieses Zitates auf die immer wiederkehrende Frage von Verwandten, Freunden und Nachbarn an Engagierte „Warum tust Du Dir das an?“ aus einer weitverbreiteten defensiven Selbstverzwergungshaltung herausfinden.

Gesellschaftliches Engagement ist das **Kernelement demokratischer Verantwortung und ein wichtiger werdenden Faktor bei der Gemeinwohlproduktion**. Statt defensiv sich für ein irres caritatives Engagement zu entschuldigen, wäre die Gegenfrage angebracht: „Worin besteht dein Beitrag zur Gesellschaft?“ Dass sich die Engagierten diese absolut naheliegende Gegenfrage nicht trauen zu stellen, das ist ein großes Manko. Da stimmt etwas nicht mit unserer politischen Kultur. Wir brauchen bei den Engagierten ein viel stärkeres Selbstbewusstsein und ein angemessenes Sendungsbewusstsein über die eigene wichtige gesellschaftliche Funktion und im wahrsten Sinne des Wortes „politische“ Bedeutung – das ist das Feuer, mit dem wir andere anzünden können und müssen. Die Demokratie in diesem Lande trocknet aus, wenn sich die Aktivität seiner Bürgerinnen und Bürger in Konsum und Wahlen erschöpft. Auch der aktuelle Bundespräsident Steinmeier hat zu Recht am Tag der Deutschen Einheit 2017 gesagt: **„Deutsche Einheit ist jeden Tag!“** und weiter (Zitat): **„was mich so zuversichtlich macht, sind die Millionen anderen, die anpacken, die sich für das Gelingen und den Gemeinsinn in unserem Land täglich einsetzen. ...**

Das sind die, die unser Land zusammenhalten – allen Besserwissern zum Trotz. Das sind die, die Einheit stiften – jeden Tag neu.“

Also, jetzt wissen Sie auch, warum ich Sie als Gemeinwohlproduzenten angesprochen habe und in Ihrem Engagement bestärken will

Das alleine ist es nicht. Die gemeingefährliche Gleichgültigkeit ist eingebettet in eine geistige Haltung, an der wir nachhaltig Grundlegendes ändern müssen, wenn wir wirklich eine lebenswerte Zukunft erringen wollen: Viele sagen bei jedem Problem sofort „Das muss der Staat lösen!“ – wer ist denn der Staat? Wir sind der Staat und er kann nur mit uns zusammen gesellschaftliche Gerechtigkeit schaffen.

Und zum Thema Trägheit, die zu Recht bei Katholiken als Todsünde gilt, und Gleichgültigkeit kommen wir gleich zu einem damit verknüpften handlungsleitenden Wert: Nicht eine verbale Sonntagsreden-Anerkennungskultur stärkt die **Selbst- und Mitverantwortung im bürgerschaftlichen Engagement. Wir brauchen eine grundsätzliche Höherwertung des freiwilligen Engagements: Bürgerschaftliches Engagement muss als bisher unzureichend genutzte, aber unerlässlichen Ressource in der Produktion von Gemeinwohl ganz oben auf die politische Tagesordnung!**

Eine ganz besondere wertvolle Zielgruppe im Kampf gegen die Gleichgültigkeit sind die Alten. Und da müssen wir ein riesiges Hindernis überwinden: Das Defizit-orientiertes Altersbild.

Heute heißt es wie schon vor zweitausend Jahren : Jeder will alt werden, aber keiner alt sein. Sind wir denn vollkommen wahnsinnig?

Diese gesellschaftlich weit verbreitete und fest verwurzelte Haltung muss endlich offensiv korrigiert werden: Das defizit-orientierte falsche Altersbild – und die damit gekoppelte asoziale Vorstellung, dass jeder im Alter beliebig lange die Beine hochlegen kann und nichts mehr beitragen muss zum Gemeinwohl, das ist die Einstellung, die es zu überwinden gilt – sie macht die Leute krank und einsam und verhindert gesellschaftliche Teilhabe.

Auch hier haben wir einen besonders tiefsitzenden gesellschaftlichen Einstellungsfehler: Uns geht's doch gut, der Staat wird's schon richten und wir Alten müssen keinen Beitrag (mehr) leisten, sondern können auf unseren Ansprüchen beharren - wider besseres Wissen: Auch wegen der notwendigen Schuldenbremse wissen wir ganz genau, dass das staatliche Manna nicht lange weiter vom Himmel regnen wird, weil selbst das steigende und immer wieder neu zu erwirtschaftende Steueraufkommen hinten und vorne nicht reichen wird.

Fachkräftemangel, Bildungsmisere, verfallende Infrastruktur, Herausforderung durch Flüchtlinge – was muss noch passieren, damit wir von der Verherrlichung der Gegenwart zu Lasten einer lebenswerten Zukunft Abstand nehmen?

Ich will es mal ganz scharf formulieren: Ein Recht auf Ruhestand gibt es nicht. Vielmehr ist die Freiheit des Ruhestandes untrennbar mit der moralischen (nicht gesetzlichen!) Verantwortung verbunden, dass die gesunden, fitten und leistungsfähigen Ruheständler sich möglichst freiwillig aktiv einbringen in ihr Gemeinwesen. Und wenn wir die Ressource Alter nicht angemessen und freiwillig in die gemeinsame Gemeinwohlproduktion einbringen, dann wird es eine gesetzliche Pflicht geben, weil kein anderes Mittel mehr vorhanden ist. Ich will keinen Zwang, dafür kämpfe ich jetzt um die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements insbesondere (aber nicht nur!) der Alten.

Lassen Sie mich noch deutlicher werden: Alter ist zu bewerten wie Eigentum: Es ist gesellschaftlich und persönlich erarbeitet und buchstäblich „erlebt“ worden – der gesellschaftliche Beitrag dazu ist größer, als den Meisten bewusst ist. Was wären wir ohne unsere freiheitliche Ordnung, ohne gesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstand, ohne staatlich gewährleisteten Frieden, ohne öffentlich bezahlte Bildung, ohne funktionierende Rechtsordnung, ohne medizinischen Fortschritt? Und deswegen wage ich zu behaupten: So wie Eigentum nach Artikel 14 Abs. 2 Grundgesetz zum sozialen Gebrauch verpflichtet, so verpflichtet auch Alter zum sozialen Gebrauch. Wem sage ich das: Sie sind ja vermutlich hier, weil Sie schon überzeugt und engagiert sind - Ihnen brauchte ich das nicht zu sagen. Aber Sie sollten sich dessen bewusst sein bei Akquisitionsgesprächen für mehr Engagement. Es geht um eine neue Kultur der Mitverantwortung, um eine gesamtgesellschaftliche Produktion von Gemeinwohl – und da werden strategische Mitmacher gebraucht, keine Bittsteller. Das hat auch was mit Mission zu tun, so altmodisch das heute klingt. Wer selbst nicht brennt, kann auch keine anderen anzünden.

Diese Mitverantwortung wahrzunehmen – und möglicherweise nicht alleine oder zuerst in einer Partei! -, sondern z.B. auch bei konkreter Nachbarschaftshilfe und in Wohn- und Nachbarschaftsprojekten, das verschafft einem (wem sage ich das?) etwas, das man eben nicht mit Geld kaufen kann: Sinn, Selbstwirksamkeit und Gruppenzusammenhalt,

Gemeinsamkeit in der Sache und gegenseitige Anerkennung – in einem Wort zusammengefasst: Ein unbeschreibliches Glücksgefühl, Mensch im wahrsten Sinne des Wortes zu sein. Das nenne ich Lebensqualität. Es ist in vielen empirischen Studien erwiesen: Wer sich engagiert, bleibt auch noch gesünder und lebt länger – das ist Lebensqualität durch Engagement, auch und gerade im Alter. Und Glück kann man eben nicht kaufen, man muss es sich zwischenmenschlich erarbeiten – und das ist gewiss kein reines Honigschlecken und bei weitem nicht immer vom Erfolg gekrönt.

Wir müssen weg von der selbstverschuldeten und politisch missbräuchlichen **Verniedlichung** des bürgerschaftlichen Engagements als caritative und individuelle „Eigenart“ von Spinnern/Gut-Menschen oder gläubigen Katholiken, die als „naiv“ denunziert und dann selbst dran schuld sind, dass sie ausgebeutet werden. Mit Streicheleinheiten wie undotierten Preisen oder mit einer Ehrenamtscard mit eher symbolischem Charakter (Nutzung der Freibäder oder Theater zum reduzierten Preis – aber keine Nahverkehrskarte, mit der man zum Einsatz fahren kann...) ist es bei weitem nicht getan.

Lassen Sie mich kurz die Größe der gesellschaftlichen Herausforderungen durch den demografischen Wandel sichtbar machen:

1. Wir werden weniger

Nach neusten Berechnungen aus September 2017 kann man nicht von weniger ausgehen (bis 2060). Dazu ein Zitat aus einer aktuellen Trendstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln:

„Als Folge der Rekordzuwanderung von 2015 und der vorausberechneten hohen Nettomigration für die Folgejahre bleibt der über lange Zeit erwartete Bevölkerungsrückgang in Deutschland bis 2035 aus. Die 2016 veröffentlichte Bevölkerungsprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln rechnet bis 2035 mit einem Bevölkerungsstand von 83,1 Millionen Einwohnern. Diese Entwicklung verteilt sich räumlich jedoch ausgesprochen unterschiedlich. ... Überall geht das Verhältnis von Bevölkerung im Erwerbsalter und Bevölkerung außerhalb des Erwerbsalters zurück – der Abhängigenquotient steigt somit an.“ (auf 100 Erwerbsfähige kommen 2030 rund 60 Abhängige).

2. „Wir werden älter“ braucht auch konkrete Zahlen: Die gleichzeitige Zunahme der Rentenempfänger um 5,8 Mio bis 2030 und die zusätzlich zu erwartende Zunahme der Lebenserwartung um drei Monate pro Jahr stellt unser gesetzliches Rentensystem und das damit verbundene Umlageverfahren vor eine unlösbare Aufgabe. Dazu muss man nicht Mathematik studiert haben, wie Franz Müntefering immer wieder sagt.

Und wegen der Schuldenbremse im Grundgesetz kann auch der allgemeine Bundeszuschuss in die Rentenversicherung (heute auch wegen der sog. versicherungsfremden Leistungen bereits rund 70 Mrd pro Jahr (RVB 2017, S.25) nicht noch weiter steigen als ohnehin schon vorgesehen.

Vom ständig stärker werden Fachkräftemangel und dem Pflegenotstand will ich gar nicht reden. Oder von der Bildungskatastrophe und der baufälligen Infrastruktur.

Wenn wir andere für Engagement gewinnen wollen, dürfen wir uns nicht weiter einbilden, mit dem Gartenschlauch einen Waldbrand löschen zu können oder mit Aspirin gegen Krebs zu kämpfen in unserem täglich schneller werdenden Engagement-Hamsterrad: Das ist keine attraktive Sache, der sich andere anschließen wollen. Aber zusammen vor Ort ein bisschen Gemeinwohl produzieren, das ist möglich, sinnerfüllend und gesellschaftliche notwendig. Und auch mit einem begrenzten Zeitaufwand zu schaffen.

Daraus folgt: Wir brauchen nicht „more of the same“, sondern sehr bald viel mehr

- strategisch ausgerichtete, an festen Zielen orientierte Zusammenarbeit zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen (Kirchengemeinden, Caritas-, Diakonie- und anderen Wohlfahrtsverbänden, Stiftungen, Freiwilligenagenturen usw.)
- eine bessere Zusammenarbeit aller Sektoren (Politik/Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft) festzuhalten in Engagementstrategien, die genau festlegen, wer in dem Konzert welche Rolle zu übernehmen und welche Instrumente einzusetzen hat
- ein besseres Wissensmanagement, um gute Projekte von A nach B zu transferieren ggf. mit Transfermanagement

- mehr hauptamtliches Personal, um diese Prozesse qualifiziert zu steuern (mit Korrekturen, Mängelbeseitigung, Feedback usw.)

Vor allen Dingen brauchen wir ein Ende der Projektitis bei der öffentlichen Förderung, immer nur auf drei Jahre beschränkt und fast immer ohne Personalkosten. Dann wundert man sich, dass nach drei Jahren das Licht ausgeht, weil man den Strom abschaltet und für eine Weiterverbreitung auch keinerlei Ressourcen bereitgestellt wurden.

Abschließend gestatte ich mir folgende Fragen, die Sie gerne in das restliche Jahr mitnehmen oder gleich hier diskutieren können:

- Hat sich Ihre Bürgerstiftung vor Ort zum treibenden Teil einer Bezirks- oder stadt- oder landesweiten Bewegung der sozialen Erneuerung gemacht oder leistet sie einen Beitrag dazu? Wenn nein, warum nicht?
- Gibt es eine ausreichende qualitative Zusammenarbeit mit anderen Akteuren in Ihrem Viertel, in Ihrer Stadt? Wissen die Akteure, wie sie mit allen Bemühungen in fünf Jahren, in 10 Jahren gemeinsam leben wollen? Sind Sie auf dem richtigen Weg dahin? Gibt es Wohnprojekte unter dem Dach der Bürgerstiftung? Steht die gesellschaftliche Teilhabe und Betreuung von Hochaltrigen auf Ihrer Agenda?
- Sind Sie zufrieden mit ihrem Mitglieder- und Engagiertenzahlen und der Wirkung Ihrer Aktivitäten? Wird eine systematische Akquisition auch von möglichen ehrenamtlichen Führungskräften betrieben?
- Gibt es genügend Nachwuchs an Freiwilligen und werden die vorhandenen gut genug gewürdigt und beteiligt?
- Wird Ihre vorbildliche Arbeit auch an anderen Gemeinden der Diözese nachgemacht und vervielfacht? Haben Sie schon mal mit dem Erzbischof oder seinem Generalvikar darüber nachgedacht, welche Maßnahmen dazu nötig wären? Kann man die Ansätze der Stiftung Senfkorn noch besser aufgreifen?
- Ist die Positionierung der mehr als 600 Bürgerstiftungen in Deutschland wirkungsmächtig genug, um die nötige Unterstützung der Politik zu erreichen? Leistet Gericus dazu einen wirkungsvollen Beitrag?

Ich möchte aber nicht nur mit Fragen enden, sondern auch mit Zuversicht.

Ein gutes Beispiel, ausgezeichnet mit einem Pflegepreis des Städte- und Gemeindebundes 2015

In Kronach in Oberfranken hat eine junge Frau eine Seniorengemeinschaft gegründet, weil sie selbst auf Nachbarschaftshilfe angewiesen war und niemand kam. Mit öffentlichen und anderen privaten Mitteln und einem Anteil des Generali Zukunftsfonds hat sie einen Verein gegründet, der inzwischen 790 Mitglieder hat, die sich gegenseitig unterstützen mit mehr als 20.000 geleisteten Stunden Nachbarschaftshilfe: Vom Rasenmähen über Wäschewaschen, Begleitung zum Rathaus oder zum Arzt usw. Die Aktiven bekommen dafür ein Taschengeld von den Betreuten (und führen einen Teil an den Verein ab, um die Koordination zu bezahlen). Wer kein Geld nimmt, dem wird die Stunde auf einem Zeitkonto gutgeschrieben, das er später selbst in Form von Dienstleistungen abrufen kann, wenn er Hilfe braucht, ohne dafür zu zahlen. Wenn das richtig gemacht wird, könnte das zu einer vierten Säule der Altersvorsorge führen, gerade für diejenigen, die wenig Geld haben und in den anderen Säulen (gesetzliche, betriebliche und private Altersvorsorge) nicht viel zu erwarten haben. Das Modell ließe sich auf andere Gemeinden übertragen – wäre das nicht ein Modell, das sich die CSU federführend zu eigen machen könnte?

In Biberach gibt es eine Bürgerstiftung, die eine Wohnungsgenossenschaft gegründet hat, um leerstehende Wohnungen zu übernehmen und altengerecht umzubauen und zu vermieten. Die baut in einem neuen Stadtviertel ein Mehrgenerationen-Wohnhaus.

In Klingenmünster gibt es eine Bürgerstiftung Pfalz, die inzwischen 8 Treuhandstiftungen für die einzelnen Ortsteile der Gemeinde hat und zwei Häuser geerbt hat, die sie für Flüchtlinge umgebaut hat und aus deren Mieteinnahmen sie ihre Flüchtlingsarbeit finanziert.

Es bewegt sich was in Deutschland. Machen Sie weiter mit!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.